

Antrag 208/II/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Keine Verschlechterungen beim Bürgergeld - Sozialstaat schützen!**

1 Zum 1. Januar 2023 ersetzte die Ampelkoalition das alte
2 Hartz-IV System durch das neue Bürgergeld. Dies führ-
3 te zu einigen Verbesserungen für Arbeitssuchende: Et-
4 wa wurde der Regelsatz erhöht, Freibeträge angehoben
5 und die Sanktionen und Mitwirkungspflichten entschärft.
6 Gleichzeitig hielt diese Reform weiterhin an unsolidari-
7 schen Regelungen fest: Für uns war und ist klar, dass al-
8 le Sanktionen abgeschafft gehören und wir eine deutliche
9 Heraufsetzung der Regelsätze benötigen, welche tatsäch-
10 lich ein würdevolles Leben ermöglicht.

11

12 Seitdem hat sich eine vollkommen ekelhafte Debatte
13 um Bürgergeld-Empfänger*innen entwickelt: Insbeson-
14 dere die CDU, FDP und AfD spielt Arbeitnehmer*innen
15 in prekären Beschäftigungsverhältnissen und Empfän-
16 ger*innen von Sozialleistungen immer wieder gegenein-
17 ander aus, anstatt Verbesserungen für beide Gruppen zu
18 erreichen. So sprach der CDU-Generalsekretär Linnemann
19 erst vor kurzer Zeit von einigen Bürgergeld-Empfänger*in-
20 nen als „Arbeitsunwilligen“ und erniedrigte Menschen,
21 die auf die Unterstützung des Staates angewiesen sind,
22 so auf abwertende Weise. Damit nicht genug, forderte
23 er darüber hinaus, Menschen, die Angebote des Arbeits-
24 amts ablehnen, nicht nur zu sanktionieren, sondern ih-
25 nen selbst die Grundsicherung komplett zu streichen, was
26 grundgesetzwidrig ist!

27

28 In ihrem kapitalistischen Weltbild ist das durchaus lo-
29 gisch: Je weniger der Sozialstaat Menschen vor dem
30 sozialen Abstieg bewahren kann, desto stärker wirkt
31 der Arbeitszwang und desto schutzloser sind Arbeitneh-
32 mer*innen der kapitalistischen Ausbeutung ausgesetzt.
33 Das können und dürfen wir so nie unwidersprochen las-
34 sen und hinnehmen! Insbesondere aufgrund der aktuel-
35 len Arbeitsmarktsituation, die von Stellenabbau und Ab-
36 schwung geprägt ist und sich wieder in Richtung eines
37 Arbeitgebermarktes entwickelt, verbieten sich Einschnei-
38 dungen beim Bürgergeld.

39

40 Aber auch die FDP macht bei dieser unlauteren Stim-
41 mungsmache gegen Menschen, die Bürgergeld empfan-
42 gen, wenig überraschend mit. So unterstellte Finanzmi-
43 nister Lindner Menschen, die Bürgergeld empfangen, dass
44 sie nicht bereit seien, Arbeit zu suchen und unterstellten,
45 dass einige das Bürgergeld als „bedingungsloses Grund-
46 einkommen“ missverstehen würden. Darin stimmte der
47 FDP-Fraktionsvorsitzende Dürr ein und forderte eine Sen-

48 kung des Bürgergelds und der FDP-Generalsekretär Djir-
49 Sarai sprach vom Bürgergeld als einem System, das falsche
50 Anreize setzen würde. Auch innerhalb der SPD, beispiels-
51 weise in der Bundestagsfraktion, mehren sich die Stim-
52 men, die das Bürgergeld in der ursprünglichen Form kri-
53 tisieren und Sanktionen fordern. Die rechtsextreme AfD
54 propagiert ein Bild von sich als vermeintlicher Partei für
55 „den kleinen Mann“, wobei ihre Positionen zum Bürger-
56 geld ihre menschenfeindlichen und radikal neoliberalen
57 Ansichten verdeutlichen. Das Deutsche Institut für Wirt-
58 schaftsforschung hat kürzlich dargestellt, dass das wirt-
59 schaftspolitische Programm der AfD einer Mehrheit ih-
60 rer Wähler*innen paradoxerweise wirtschaftlich schaden
61 würde. Die Hetze der AfD gegen das Bürgergeld verbind-
62 et die Partei mit rassistischen Lügen und Ressentiments,
63 um aus dieser Stimmung des Hasses politisches Kapital zu
64 schlagen und ihre rechtsextreme Ideologie zu verbreiten.
65 Es ist brandgefährlich, dass Union und FDP Stimmungsmache
66 gegen das Bürgergeld betreiben, denn so werden
67 rechtsextreme und menschenfeindliche Positionen wie
68 die der AfD im Diskurs immer weiter legitimiert.

69

70 In diesen Debatten und in dieser Stimmungsmache äu-
71 ßert sich ein kapitalistisches Menschenbild, dass Men-
72 schen immer nur nach dem Maßstab ihrer Verwertbar-
73 keit für das kapitalistische System bewertet und den Staat
74 nicht in der Verantwortung sieht, Menschen in herausfor-
75 dernden Situationen zu unterstützen und ihnen unter al-
76 len Umständen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

77

78 Die Vorurteile und Stimmungsmache erschweren zudem
79 eine faktenbasierte Debatte: Von den rund 5,6 Millionen
80 Bürgergeld-Empfänger*innen sind nur etwa 4 Millionen
81 überhaupt erwerbsfähig. Weniger als die Hälfte von die-
82 sen ist überhaupt arbeitslos. Die restlichen pflegen An-
83 gehörige, machen Weiterbildungen, kümmern sich um
84 Kinder, gehen arbeiten („aufstocken“) oder suchen aus
85 anderen triftigen Gründen keinen Job. Die allermeisten
86 Bürgergeld-Empfänger*innen erhalten keine Sanktionen,
87 2023 waren lediglich ca. 3 % betroffen. Die meisten Sank-
88 tionen (rund 85 von 100 Fällen) werden aufgrund unent-
89 schuldigten Fehlens bei einem Termin verhängt. Weniger
90 als 0,3 % aller Bürgergeld-Empfänger*innen wurde 2023
91 sanktioniert, weil eine zumutbare Stelle abgelehnt wur-
92 de. Der Anteil an Personen, die dauerhaft Arbeitsmöglich-
93 keiten ablehnen, wird nicht statistisch erfasst, wird je-
94 doch noch einmal kleiner sein. Angesicht dieser Zahlen zu
95 glauben, mehr Sanktionen und Härte wären die Antwort,
96 ist populistische Stimmungsmache, die mit der Realität
97 nichts zu tun.

98

99 **Reform ja, aber bitte nicht so!**

100 Auch die Ampelkoalition hat sich vorgenommen, das Bür-

101 gergeld wieder zu reformieren und plant ab September
102 mit den Beratungen hierüber zu beginnen. Ein zentrales
103 Element der geplanten Reform ist die Verschärfung der
104 Sanktionen für Bürgergeld-Empfänger*innen, welche zu-
105 mutbare Arbeitsangebote oder Weiterbildungen ableh-
106 nen. Hier wird von Kürzungen bis hin zu Streichungen
107 des Regelsatzes vieles diskutiert, wobei doch die Bürger-
108 geldreform gerade ein erster - unzureichender - Schritt in
109 Richtung eines sanktionsfreien Systems sein sollte. Sozi-
110 alverbände warnen bereits vor diesem Schritt und bewer-
111 ten die Sanktionen eindeutig als kontraproduktiv. Die Kür-
112 zungen sind nicht nur aus unserer Sicht untragbar. Auch
113 das Verfassungsgericht setzt bei Sanktionen enge Gren-
114 zen. Viele der genannten Forderungen sind also als verfas-
115 sungswidrig einzuschätzen.

116

117 Ein weiterer wichtiger Aspekt der Reform betrifft die Rege-
118 lungen zum Schonvermögen und zur Karenzzeit. Die Ka-
119 renzzeit, in der das Vermögen der Empfänger*innen nicht
120 angetastet wird, soll von zwölf auf sechs Monate verkürzt
121 werden. Während dieser Zeit wird das Vermögen bis zu ei-
122 nem bestimmten Betrag geschützt: 40.000 Euro für eine
123 Einzelperson und zusätzliche 15.000 Euro für jede weitere
124 Person in der Bedarfsgemeinschaft.

125

126 Die Reform sieht außerdem vor, dass Bürgergeld-
127 Empfänger*innen längere Pendelzeiten in Kauf nehmen
128 müssen, um eine Arbeitsstelle zu erreichen. Für Arbeits-
129 zeiten bis zu sechs Stunden soll eine tägliche Pendelzeit
130 von zweieinhalb Stunden als zumutbar gelten, während
131 für Arbeitszeiten über sechs Stunden eine Pendelzeit
132 von bis zu drei Stunden akzeptiert werden soll. Zusätz-
133 lich soll eine verpflichtende monatliche Vorsprache für
134 bestimmte Empfänger*innen eingeführt werden.

135

136 Die geplanten Änderungen haben bereits massive Kri-
137 tik hervorgerufen, insbesondere von Gewerkschaften wie
138 Ver.di, die befürchten, dass die Reformen die Empfän-
139 ger*innen unter Druck setzen könnten, Arbeitsbedingun-
140 gen zu akzeptieren, die nicht ihren Qualifikationen oder
141 Bedürfnissen entsprechen. Ulrich Schneider vom Paritäti-
142 schen Gesamtverband fand hier noch deutlichere Worte
143 und warf der Ampel vor, dass sie arme Menschen mit den
144 geplanten Reformen ins Elend treiben würde.

145

146 **Jetzt ist die SPD gefordert! - Kein Abbau des Sozialstaats**
147 Wir lehnen die geplanten Änderungen entschieden ab
148 und fordern weiterhin ein höheres und sanktionsfreies
149 Bürgergeld! Immer wieder sind Arbeitssuchende mit un-
150 erträglichen Stereotypen bezüglich ihrer Leistungsbereit-
151 schaft konfrontiert. Dass sich die Ampelkoalition von die-
152 sen Zuschreibungen bei ihrer geplanten Bürgergeldre-
153 form leiten lässt, ist nicht zu akzeptieren.

154

155 Deswegen fordern, die geplante Bürgergeldreform zu
156 stoppen. Sich für eine deutliche Erhöhung der Regelsät-
157 ze einzusetzen und alle Sanktionen abzulehnen. Gerade
158 in Zeiten von Inflation und hohen Lebensmittelkosten ver-
159 dienen Arbeitssuchende unsere Solidarität, das erwarten
160 wir auch von der SPD-Fraktion im Bundestag. Stattdessen
161 fordern wir ein Bürger*innengeld, ganz ohne Sanktionen,
162 mit einem auskömmlichen Einkommen, anstatt die Angst
163 vor dem sozialen Abstieg zu schüren.

164

165 Die Forderungen dieses Antrags in der aktuellen Situati-
166 on berühren nicht unsere grundlegende Beschlusslage zu
167 einem sanktionsfreien Bürger*innengeld.